

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. F. Krieger & Co.
Breitestraße 20,
in Grah bei J. Streifand,
in Referat bei H. Matthes,
in Breslau bei J. Jahnke.

Annoncen.

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Krieger & Co.,
Haefflein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 38.

Mittwoch, 16. Januar.

1884.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Reichs an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amstliches.

Berlin, 15. Jan. Der König hat den Reichs-Eisenbahn-
Präsidenten a. D. Alexander Scheele zu Reinfeldt a. G. in den Adel-
stand erhoben.

Der König hat den Landgerichts-Direktor Freiherrn v. Seeburg
in Stettin zum Präsidenten des Landgerichts in Schneidemühl,
und den Landgerichts-Direktor Bubrom in Köslin zum Präsidenten des
Landgerichts in Lyck ernannt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung.

Berlin, 15. Jan. Am Ministertische: v. Scholz, v. Böttcher.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Abg. v. Ludwig ist, wie bereits gemeldet, am 12. Januar ver-
storben. Auf Aufforderung des Präsidenten erheben sich die Mitglie-
der des Hauses von ihren Plätzen, das Andenken des Verstorbenen zu
ehren.

Der Entwurf, betreffend den Rechtszustand der von dem König-
reiche Württemberg an Preußen abgetretenen Gebietsteile, sowie die
Abtretung preussischer Gebietsteile an Württemberg wird in dritter
Lesung debattiert und angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzentwürfe über die Ein-
kommensteuer und die Einführung einer Kapital-
rentensteuer.

Vor Eintritt in die Diskussion berichtet Geheim-Rath Fellers
einige in den Zahlenangaben der Motive enthaltene Unrichtigkeiten.

Es melden sich 22 Redner gegen, und 9 für die Vorlage zum
Wort.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alf: Ich begrüße den Gedanken
der Kapitalrentensteuer, da sie den Grundsatz einer gerechten Verteilung
der Lasten verfolgt, bedauere aber, daß wir noch immer keine
Börsensteuer haben. Auch diese Vorlage mag sich nicht recht an die
Börse und die großen Geldmänner heran. Die Kapitalrentensteuer soll
nach den Worten des Finanzministers eine Steuer aus der Kapital-
rente sein, nicht aber eine nochmalige Besteuerung des Grundbesitzes,
wie es die liberale und kapitalistische Presse verlangt. Ein großer
Mangel der Vorlage ist es, daß bei einer Rente von mehr als 10,000
Mark derselbe Prozentsatz gilt, wie bei der bis zu 10,000 Mark. Ein
Einkommen von 200,000 Mark, von 2 Millionen Mark kann aber doch
über 6 Prozent, als 10,000 Mark 2 Prozent Steuer betragen.
Der Ertrag der Rentensteuer wird geschätzt, da bei einer progressiven Steu-
erung mit mehr als 6 Millionen, vielleicht gar 60 herauskommen
würden. So aber ist für die oberen Zehntausend ein zu me-
driger Satz bestimmt worden; der Einnahme, den das Gesetz in
der Bevölkerung macht, ist daher ein sehr schlechter. Nach der
Einkommensteuervorlage soll die Klassensteuer ganz wegfallen. 1200
Mark bleiben ganz frei — und bei 1201 Mark soll man dann
12 Mark Steuern zahlen. Die 3. und 4. Stufe fällt fort, ihre
Gehälter werden frei, falls sie nicht in die neue Einkommensteuer
hineinzuverleihen. Ist aber eine vollständige Befreiung notwendig?
Wäre eine Befreiung der bisherigen Steuerklasse und eine Stala
nicht besser? In den Motiven ist auf die Exemptionen in der 3. und
4. Stufe hingewiesen — aber kommen diese nur von den Staatssteuern
und nicht viel häufiger von den Kommunalsteuern her? Denn die
Kommunalsteuern sind viel drückender. So lange diese bestehen, bleibt
die Staatssteuererleichterung wirkungslos. — Diese Befreiung vermehrt
aber auch die Zahl derer, die zu Kommunalsteuern und den politischen
Wahlen imaginär veranlagt werden. Es ist schwer für die Kommunen,
die zu besteuern, die der Staat befreit hat. Mit der imaginären Ver-
anlagung wird, befürchte ich, auch eine Verschiebung der Wähler in den
einzelnen Klassen eintreten. Falls diese Vorlage eine Beeinträchtigung
des Wahlrechts herbeiführen im Stande ist, ist sie für mich und
meine Freunde unannehmbar. (Beifall links.) Derselbe Fehler, wie
bei der Rentensteuer ist bei der Einkommensteuer gemacht. Ich wünsche,
daß die großen Einkommen mehr als 3 pSt. zahlen sollten; sonst ist
eine gerechte Verteilung der Lasten durch diese Vorlage nicht herbei-
geführt. Indem ich die Verweisung der Vorlagen an eine Kommission
von 21 Mitgliedern beantrage, bemerke ich schließlich noch, daß ich in
dem Gesetze nicht das, was wir davon erwarten haben, erblicke, und
bedauere besonders, daß von der Regierung für eine Erleichterung der
Kommunalsteuern noch immer nichts geschieht ist. (Beifall.)

Abg. v. Rauchhaupt: Die Konservativen werden Alles thun,
um den Finanzminister in seinem Reformwerke zu unterstützen. Ich
bin für das Gesetz, um dem Entwurf der Liberalen zu begegnen, daß
die indirekten Steuern nicht früher zu bewilligen seien, als nicht aus
den direkten Steuern das Mögliche herausgezogen. Die Vorlagen ent-
sprechen zum Teil dem Wille, daß sich die Konservativen von der Steuer-
reform gemacht haben. Das Wichtigste ist für mich der Umstand, daß
die Heranziehung zur Steuer nach der Leistungsfähigkeit geschehen soll,
daß nicht, wie bisher, der Grundbesitz, sondern die kapitalistische Pro-
duktion Grundlage der Einschätzung geworden ist. Die Behauptung,
daß die Grundsteuer gar keine Steuer, sondern eine Reallast sei, daß
daher Grund- und Hausbesitzer noch mehr Lasten tragen könnten, ist
unrichtig. Der Grundbesitz ist sehr belastet und die Konservativen wer-
den einer Mehrbelastung desselben in keinem Falle zustimmen. Nicht
völlig einig sind meine Freunde darüber, ob der Steuerertrag bis zu
einem Einkommen von 1200, 1000 oder 900 Mark erfolgen soll. Ich
erwarte von der Kommission ein günstiges, die Gegenstände ausgleichen-
des Ergebnis, von welchem auch die Vermeidung der Doppelbesteuerung
der Aktiengesellschaften zu erhoffen ist. Hervorheben möchte ich noch,
daß die Kapitalrentensteuer die Witten und Minoren mit einem
Einkommen bis 4000 Mark frei läßt, während bei der Grund- und
Gebäudesteuer die kleinen Bauernwitten und armen Häuslerinnen
eine solche Berücksichtigung nicht finden. Bei der Forderung der De-
klarationspflicht deckt die Regierung sich völlig mit unseren Ansichten;
auch der Grundbesitz hat es sich gefallen lassen müssen, daß seine Ver-
hältnisse offen deklarirt werden. Jedermann weiß ja, wieviel Morgen,
Reinertrag zc. ein Gut hat. — Die große Masse des Volkes verlangt
eine Regelung dieser Steuerfrage; es muß sich nun zeigen, ob das Ab-
geordnetenhaus dieser Forderung entsprechen will. (Beifall rechts.)

Abg. Richter-Sagen: Herr v. Scholz hat am 18. Dezember
gesagt, er wolle mit dieser Vorlage den Dunst und Nebel, den die li-
berale Presse um den Entwurf geblasen, zerstreuen. In seiner Empfeh-
lungskrede hat jedoch der Minister, wie mir beim Lesen der Motive

klar wurde, nur neuen Nebel und Dunst seinerseits verbreitet. Das
war nicht hübsch vom Herrn Minister (Heiterkeit), denn wir können erst
heute antworten. Der Minister hat ausgeführt, die Regierung wolle
die arbeitenden Klassen entlasten. Da sehe ich aber einen Paragrafen,
welcher die Arbeitgeber verpflichtet, den Lohn ihrer Arbeiter auf Heller
und Pfennig anzugeben. Dieser Paragraf mag schwerer, als die 4
Millionen Entlastung. Viele Leute werden in Folge dieses Paragrafen
vielleicht gar nicht befreit, sondern in die 5. und 6. Klasse gerückt wer-
den. Diese Bestimmung schafft ein Ausnahmefehl für die arbeitenden
Klassen und es muß ein eigentümliches Gefühl für einen Wirtschaft-
inspektor sein, wenn er, dessen Einkommen genau der Behörde mitge-
teilt wird, sieht, wie sein Herr, der Gutsherr ruhig nur mit der
Hälfte seines dem Inspektor bekannten Einkommens eingeschätzt wird?
(Unruhe rechts.) Das Mäntelchen der Arbeiterentlastung, das der
Minister sich umhängt, ist doch gar zu kurz, seine Maske allzu durch-
sichtig. Doch dies ist nicht die einzige Beschränkung der arbeitenden
Klassen durch dieses Gesetz. Herr v. Schorlemer hat schon die drohende
Verminderung der Wahlrechte erwähnt. Die Steuerermäßigung sollen
die Genossen der 3. und 4. Stufe mit Verminderung ihrer politischen
Rechte erkaufen. Der frühere Steuerertrag freilich hat das Wahlrecht nicht
verlummert, in dieser Vorlage aber sind gar keine Vorbeurteilungen gegen
eine solche Beeinträchtigung geschaffen, und so wird das Landtags-
wahlrecht verflummert und einem Teile der Kommunalwähler das
Recht ganz entzogen. Es wäre so leicht gewesen, im Anschluß an das
Gesetz von 1873 diesen Eingriff zu vermeiden — man hat es aber
nicht gethan. So macht man heute Gesetze! Dieser Angriff auf das
Landtags- und Kommunalwahlrecht steht würdig dem Bestreben zur
Seite, das geheime Wahlrecht für das Reich aufzuheben (Sehr wahr).
Der Reichsfanzler hat einmal gesagt, es könne zweckmäßig sein, bei
Steuererlassen einen horror vacui zu schaffen, um dann nach einem
Steuererlasse neue Steuern zu schaffen. An eine solche Anschauung
erinnert mich dieser Entwurf. Die Motive — um an das zu erinnern,
was Abg. Richter schon erwähnt — enthalten nur ein sehr dürftiges
Material darüber, wie groß die Belastung seitens der Kommune bei
den Genossen unter 1200 Mark Einkommen ist. Ebenso sind viele
andere statistische Angaben, die wünschenswert erscheinen, in den
Motive nicht zu finden. Ich habe versucht zu berechnen, wie groß
die Summe ist, die gegenwärtig an Gemeindefinkommen, Schul-
steuern zc. vom Einkommen unter 1200 Mark erhoben wird: es sind
gegen 30 Millionen Mark. Die Kommunen werden durch dieses Gesetz
entschieden zur Auflage von indirekten Steuern gezwungen, um den
Ausfall zu decken. Man jagte zwar in den Motiven, daß den
Kommunen freie Hand gelassen wird, aber sie sind keineswegs
souverän und müssen sich nach dem Staate richten. Ist doch
Breslau und ebenso Köln von der Regierung verhindert worden,
die erste und zweite Steuerstufe aufzuheben. (Hört, hört!) Von
den Zuschlägen zur Kapitalrentensteuer haben die Kommunen nicht viel
zu erwarten; jetzt ist das Veranlagungsverfahren ein sehr strenges.
Wenn die Kommunen aber die Steuerlasten anziehen, müssen die
Zuschläge sich verringern. Besonders wenig bietet die Kapitalrenten-
steuer den Kommunen, die hohen Zuschlag haben. Die Kommunen
werden zur Steuer auf unentbehrliche Lebensmittel, z. B. Fleisch ge-
drängt werden, und gerade gegen eine Kommunal-Fleischsteuer hat sich
seinerzeit der Reichsfanzler ausgesprochen. Wie aber sollen die Kom-
munen dann ihre großen Ausgaben decken, wie z. B. das Schulgeld
befreiten? — Herr v. Rauchhaupt hat gesagt, daß die Konservativen
über den Wegfall der 3. und 4. Steuerstufe noch nicht ganz einig
sind. Das scheint mir ganz natürlich, denn auf dem platten Lande
hat man nach Annahme dieses Gesetzes auf zehn Haushaltungen immer
nur eine, die steuerpflichtig ist. Wer aber wird den Ausfall decken?
Unverständlich wird es der Bevölkerung stets bleiben, daß 1201 Mark
Einkommen besteuert wird, 1190 Mark aber ganz frei bleibt, und
besonders unverständlich wird diese Vorlage, wenn man die Ver-
schiedenheit der Geldwerte in den einzelnen Landesteilen bedenkt.
Ein Einkommen von 1300 M. in einem theureren Orte bedeutet weniger,
als 1150 in einem billigen — und doch wird erstere besteuert, letztere
nicht. Mit Bezug auf die Deklarationspflicht der Arbeiter hat man
darauf hingewiesen, daß z. B. das Einkommen der Beamten den Steuer-
behörden ganz bekannt sei. Ja freilich, aber die Beamten genießen auch
alle Vortheile einer öffentlichen Stellung, Pensionen und Wittwengelder
und haben nicht nötig, wie die Arbeiter einen Zehepfennig für das
Alter zurückzulegen. — In den Motiven sind gegen 300,000 Genossen
der 3. und 4. Stufe gar nicht klassifizirt; es sind dies kleine Besitzer
auf dem Lande. Diese sollen, weil ihr Einkommen nicht über 1200
Mark beträgt, trotz der billigen ländlichen Verhältnisse frei bleiben, der
Handwerker, der wenig über 1200 Mark in der Stadt verdient, soll
steuern. Wollen Sie dem Handwerker eine wirkliche Entlastung bieten,
so erlassen Sie ihm die hohe Gewerbesteuer. (Sehr richtig.) Eine Un-
gerechtigkeit ist es gleichfalls, wenn eine Witwe mit 4000 M. Rente,
also 100,000 M. Vermögen steuerfrei bleibt, während eine arme Frau,
die die Hinterlassenschaft des verstorbenen Mannes verläßt und mit
dem Erlös einen kleinen Kram betreibt, Gewerbesteuer zu zahlen hat.
Im Jahre 1875 haben wir Erleichterung der Gewerbesteuer verlangt,
1878 und 1879 ist sie uns versprochen worden — jetzt verläßt nichts
mehr davon. — Eine völlig neue Bestimmung ist es, daß die Behörden
Vollmacht erhalten, bei allen anderen Behörden wegen des Einkommens
der Genossen Nachfrage zu halten. Das ist eine Bestimmung von tief
einschneidender Bedeutung. Mit Recht ist gesagt worden, die Auf-
hebung der Gemeinde-Kommission beseitigt ein Schutzmittel für
den kleinen Mann. Diese Aufhebung giebt dem Schulzen eine
Macht, die in kleinen Gemeinden, in denen so viele persönliche
Beziehungen stattfinden, sehr bedenklich ist. Ueberhaupt ist für uns
die Deklarationspflicht, deren Durchführung übrigens unmöglich
wäre, gar nicht diskutabel, so lange nicht ein von der Verwaltung
unabhängiges Einschätzungsverfahren geschaffen ist. (Hört, hört!)
Die Einschätzung muß ebenso unabhängig sein, wie jetzt die Rechts-
prechung; der Finanzminister hat nicht nötig auf sie einzuwirken,
ebensowenig wie der Justizminister auf die Richter. Wir brauchen zu
der Einschätzung eine Zentral-Behörde. (Auf rechts: Magistrat.)
Machen Sie auf der Rechten das mit Ihrem Gremer aus. (Heiter-
keit.) Wir brauchen eine Zentral-Anstalt hier, wie überhaupt auf
dem Gebiete des ganzen Steuerwesens, für das Reich wie für
Preußen. Wir wollen aus der Einschätzungs-Kommission den Land-
rath herausheben. (Große Heiterkeit rechts.) Ja, meine Herren, wenn
es das allgemeine Interesse will, wird man die Landräthe nicht fragen
— die Landräthe sollten sich besser der Abstimmung über diese Frage
enthalten, beschlußunfähig würde das Haus doch noch nicht werden.
(Heiterkeit.) Die Landräthe sind jetzt so sehr zu politischen Agenten

degradirt, sie müssen Wahlreden halten und Politik machen, so daß
sich die Beschäftigung in der Einschätzungs-Kommission für sie gar
nicht mehr schickt. Landräthe dürfen so diskretionäre Vollmachten, wie
die Einschätzung gar nicht mehr erhalten, besonders nach der Erklärung
des Herrn v. Buttamer über die politische Stellung der Beamten.
(Sehr richtig.) Liegt es nicht danach für einen Beamten möglicherweise
nahe, sich zu sagen, ein konservativer Mann giebt dem Staate, was ihm
gebührt, seine Einschätzung wird richtig sein — ein Fortschrittsmann aber
muß höher eingeschätzt werden. (Auf rechts: Unwürdig!) Sehen Sie meine
Herren, die bloße Hypothese erscheint Ihnen bei mir schon unwürdig
und doch hat Herr Gremer diesen Vorwurf gegen die Berliner Ein-
schätzungs-Kommissionen wirklich erhoben. (Der Präsident rügt den
Ausdruck „unwürdig“ als unparlamentarisch.) Aber daß
man diesen Gedanken überhaupt hegen kann, das allein wirkt schon
demoralisirend. Das Zentrum sollte uns in unserem Suchen nach
Rechtssicherheit doch mehr beistehen. Sie (zum Zentrum) befinden sich
jetzt im Besitze der Freundschaft des Reichsfanzlers, sie ist thurburch
(Heiterkeit), so etwa wie mit den Russen (türkische Heiterkeit), der
Reichsfanzler hat Sie früher nicht so gekostet, als es den Anschein hatte,
und liebt Sie jetzt nicht so sehr, wie es wohl scheint. Sie können
ebenso wieder einmal als Reichsfeinde gelten, wie wir jetzt (Heiterkeit).
— Ich komme nun zur Kapitalrentensteuer, die eigentlich aus drei Ge-
setzen besteht, Gesetzen über Kapitalrenten, über die Bankier- und über
die Aktiensteuer. Der Minister behauptet, die Vorlage entspricht der
im vorigen Jahre vom Hause angenommenen Resolution; bei jener
Resolution paradierten allerdings nur allgemeine Redewendungen. Der
Minister scheint sich nun nur das Schönste aus der Resolution ausge-
sucht zu haben; er wird sich vielleicht wundern, daß die Nationallibe-
ralen seiner Vorlage jetzt nicht zustimmen, während sie doch die Reso-
lution im vorigen Jahre angenommen haben. Der Verlauf der Sache
zwischen den Nationalliberalen und der Regierung war etwas eigen-
thümlich. Erst hatte Herr v. Bennigsen einen solchen Entwurf empfoh-
len, dann hatte die Provinzial-Korrespondenz ihn bekämpft. Dann haben
die Nationalliberalen und die Regierung ihre Anschauungen geändert und
stehen sich nun wieder in verschiedenen Anschauungen gegenüber. (Heiter-
keit.) Es erinnert dies an das Brautpaar, das wegen verschiedener Religion
nicht heirathen konnte — da wechselten beide Brautleute heimlich zur
gegenseitigen Ueberschwärzung ihre Religion und nun waren sie wieder
getrennt. (Große Heiterkeit.) Ich habe freilich im Hinblick auf die Pro-
vinzial-Korrespondenz damals meinen Wählern gesagt, diese Regierung
hat in Steuerfragen gar keine Grundzüge, als vor den Reichs- und
Landtagswahlen, je nachdem, die direkten oder die indirekten Steuern
zu erhöhen. Man hat den direkten Steuern mit Recht eine politische
erziehlige Bedeutung beigelegt; wer Steuern zahlt, klammert sich auch
um die Verwendung derselben. Die Klasse, auf die es die Aktien-
rentensteuer abzielt, bedarf allerdings noch einer politischen Erziehung.
Sie verzeiht in Ruhe ihre Renten und läßt den Gergott und den
Fürsten Bismarck einen guten Mann sein. Sie halten Ruhe für die
erste Bürgerpflicht, nennen sich hier freikonservativ, dort nationalliberal,
ohne freilich sich sonderlich dafür in Unkosten zu stürzen. (Heiterkeit.)
In eine theoretische Betrachtung der Fragen will ich heute nicht ein-
gehen, nur das Eine Herrn v. Rauchhaupt erwidern, daß die Bezeich-
nung der Grundsteuer als Reallasten keineswegs eine Erfindung
der Liberalen ist. (Sehr richtig.) Die Kapitalrentenrente stellt
sich dar als Belastung eines Kapitals, das sich in fremder
Benutzung vermerkt. Es liegt nun für den Vermögensbesitzer nahe
zu erwägen, ob er diesem Gesetze gegenüber nicht besser fortkommt,
wenn er sein Vermögen selbst ausnützt, es z. B. in Grundstücke
steckt. So würde das Gesetz zu einer stärkeren Nachfrage nach
Grundstücken, somit zu einer Hebung des Grundbesitzwerthes füh-
ren. Da der kleine Kapitalist zu solcher Erwägung nicht kommt, würde
dieser Nutzen für den kleinen Grundbesitz nicht eintreten — den Vor-
theil hat also allein der Großgrundbesitz, besonders soweit er schulden-
frei ist. Dieses Gesetz würde also für diejenigen am meisten Vortheil
bringen, die es am wenigsten nötig haben. — Diese Vorlage, die
Jedermann zwingt, zur Steuerreform Stellung zu nehmen, ist der
Ausbau eines Systems der doppelten Steuer, wie es kein Staat der
Welt besitzt. Eigenthümlich ist uns, daß gerade die Herren für das
Gesetz eintreten, die sonst über Doppelbesteuerung klagen. Der Reichs-
fanzler hat früher gesagt, er wolle die Grundsteuer unangetastet, aber
das Zuschlagsystem weglassen lassen — und das Zuschlagsystem wird
hier nun neu bestatigt und vollendet. (Sehr richtig! links.) Gerade
wenn die 3. und 4. Stufe abgebrochen wird, wird das Zuschlagsystem
auf dem flachen Lande sehr bedeutend. — Die Bankiersteuer nun
wird Jedem aufgelegt, der mit seinem Vermögen arbeitet. Diese
Steuer bedeutet den Beginn eines Systems der dreifachen Besteuerung.
Herr von Schorlemer-Alf hat heute wieder die Börsensteuer gemischt.
Diese Bankiersteuer aber ist doch das gerade Gegenteil einer solchen.
Hier wird gerade das solide Geschäft getroffen und die soliden vier
Prozent Gewinn werden besteuert, das unsolide Börsenspiel, das
Gazardiren aber keineswegs. (Sehr richtig.) Auch die Aktien-
steuer schafft eine dreifache Besteuerung. Man hat schon 1857
eine Aktiensteuer beschlossen, sie aber 1860 als ungerecht aufgehoben,
und dabei die Gewerbesteuer erhöht. Diese hohe Gewerbesteuer soll
nun bleiben, eine hohe Aktiensteuer aber noch dazu kommen. Will man
ernstlich die Rechtsform der Steuererhebung zu Grunde legen, so
muß man untersuchen, ob nicht die Renten der Majoratsbesitzer und
der Fideikommissbesitzer einer Steuer zu unterwerfen sind — denn das
sind Renten, die der Einzelne als ein Privileg auf Kosten seiner Ge-
schwister bezieht. (Sehr richtig! links.) Sie sehen, ich kann die Kon-
servativen in Steuerentwürfen mit Ihnen aufnehmen. (Heiterkeit.) Ich
denke mir eine Reform des Steuerwesens so, daß die Grundsteuer kein
Noli me tangere sein soll. Sie ist gerechtfertigt, wo sie eine Entschä-
digung für besondere Aufwände des Staates und der Gemeinde be-
deutet, nicht aber, wo es sich um Beiträge zu Armen- und Schullasten
handelt. In der allgemeinen Einkommensteuer ist zu entscheiden
zwischen unfundirten und fundirten Vermögen. Der erste Steuer-
gesetzentwurf, von 1847, enthält diesen Unterschied bereits. Ich will
keineswegs den Grund- und Hausbesitz zu größerer Entschädigung
heranziehen. (Hört! hört!) wie Herr v. Rauchhaupt uns vorgeworfen.
Dem Herrn Finanzminister mag es freilich recht sein, zu sehen, wie
immer ein Jeder sich freue, wenn der Andere mehr besteuert wird
(Heiterkeit) — so tritt allmählich eine Mehrbesteuerung Aller ein.
Für das Beste halte ich es, das Einkommen der Arbeiter niedriger zu
besteuern. (Sehr richtig! links.) Handelt es sich darum, wirkliche
Ausfälle zu decken, wie z. B. bei einer Abschaffung der Salzsteuer,
so wäre ich mit einer Mehrbelastung der Reichen einverstanden.
Greifen Sie doch in die Zuckersteuer hinein, um mehr Geld zu er-

halten — nur das absolute Veto der Regierung hat es verhindert, daß ihr daraus mehr Geld zufließen kann. — Welche Grundsätze man in der Steuerfrage auch haben mag, für seine Seite des Hauses bietet dieser Entwurf eine geeignete Vorlage. So wenig sind die praktischen Verhältnisse klar gelegt, so wenig das Material gesichtet, daß ich sagen muß, eine so dilettantische Arbeit ist in Steuerfragen noch nicht vorgelegt worden. (Oho! und Widerspruch rechts.) Ich bitte, ich lege dem Finanzminister keine Schuld bei. Jetzt erhält das Finanzministerium seine Rezepte vom Reichskanzler — und was haben wir nun in dieser Vorlage? Man erkennt Leberfische aus avarischen Büchern, geniale Einfälle, Bruchstücke aus Wahlreden, Wahlparolen etc. Diese Rezepte werden dem Finanzministerium zugesandt und daraus soll dann ein Gesetzentwurf gemacht werden. Das Einzige, was dabei herauskommen kann, ist fiskalische Plasmacherei! Und da will uns Herr von Scholz glauben machen, das Alles ergebe nur 6 Millionen Mark? (Heiterkeit.) Es sind mindestens 20 Millionen, es ist ein Versuch, das wiederzubegeben, was im ersten Steuerentwurf aufgegeben worden. Die ganze Richtung unserer inneren Politik ist eine Nothpolitik; man verstaatlicht Alles, man verspricht Alles und braucht dann freilich Geld. Natürlich muß dann Alles fortgeräumt werden, was noch im Wege steht. Das Verwendungsgesetz soll nun wieder fortfallen. Als einst Camphausen uns 9 Millionen Steuererlaß anbot, führte der Landtag vorsichtig die Kontingentierung ein. Diese Kontingentierung ward im vorigen Jahre abgeschafft — nun soll das Verwendungsgesetz nachfolgen, dieses Gesetz, mit welchem für die Bewilligung neuer Steuern Stimmung gemacht worden ist. Mit diesem Gesetz ist in verbundener Weise ein Versprechen gegeben worden. Herr von Puttkamer hat, als er noch nicht Minister war, im Reichstage gesagt, es ist ein Stoß in das Herz des monarchischen Prinzipis, wenn Versprechungen nicht erfüllt werden. (Unruhe links.) Und nun wird die erste Gelegenheit benutzt, dieses Versprechen abzuschütteln. Dies zeigt wieder so recht, daß wir nur einen Schein-Konstitutionalismus haben, daß die Rechte der Volksvertretung beschränkt werden sollen. Wenn das monarchische Prinzip in den Herzen nicht fester säße, diese Politik könnte es wirklich erschüttern. — Endlich hat der Herr Minister selber keine Verantwortlichkeit damals übernehmen wollen, als es sich um eine Vermehrung der Steuern handelte, und jetzt muthet er uns zu, die letzte Handhabe aus der Hand zu geben, um die Steuerlast zu vermindern. Das können wir doch nur, wenn uns das Steuerbewilligungsgesetz gelassen wird. — Im Uebrigen erlaube ich mir vorzuschlagen, daß das Gesetz an dieselbe Kommission verwiesen werde, welche für die Jagdordnung gewählt ist. (Große Heiterkeit.) Die Gesetze sind durchaus gleichwertig. Und ich bitte die Kommission denn auch, ihre Arbeiten zu beschleunigen, damit das Gesetz noch vor den Wahlen eine praktische Bedeutung erhalte. (Wiederholter lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Minister v. Scholz: Der Herr Abgeordnete hat wiederholt die Entwürfe und ihre Motive als leichtfertig dargestellt, aber seit 1864 hat er das von jeder Vorlage behauptet. Was er heute geleistet hat, ist, wenn ich mich noch fahrlässig ausdrücken soll, sehr wenig bedeutungsvoll. (Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.) Er hat sich nur zum Sprachrohr von Angriffen gemacht, die in noch schärferer Weise und in weniger parlamentarischen Ausdrücken der Regierung außerhalb dieses Hauses gemacht werden. Die Resolution von vorigem Jahre, welche die Regierung mit ihrer Vorlage entgegenkommt, enthält die Forderung, durch eine veränderte Veranlagungsform der Einkommen, die dem wirklichen Einkommen entsprechende Veranlagung in höherem Maße als bisher sicher zu stellen. In § 25 und 30 des Einkommensteuergesetzes sind dahingehende Bestimmungen vorgesehen; wir haben damit nur die Pflicht gehabt, zu einer dem wirklichen Einkommen besser entsprechenden Veranlagung zu gelangen. Entweder will man nun nach dem Einkommen besteuern, oder man will nicht nach dem Einkommen besteuern. Die Rede des Abgeordneten Richter klingt aber, als wolle er eine Einkommensteuer, um nicht nach dem Einkommen zu besteuern. (Sehr richtig! rechts.) Das ist ja Geschwätz; wir können es aber nur ernst aufnehmen. So haben wir auch die Kritik der Regierungsvorlagen in der Presse aufgenommen. Es erklärt ein hiesiges Blatt vom 22. Dezember in einem „Eine nette Weihnachts-Bescherung“ überschriebenen Artikel, die neue Einkommensteuervorlage bedeute nur einen schwachen Versuch, die in der Klassen- und Einkommensteuer erlassenen 20 Mill. Mark wieder zu gewinnen; es solle jetzt nicht mehr das Einkommen in Bauf und Bogen, sondern bis auf die letzte Mark abgeschafft werden; jetzt endlich sei die falsche Maske der Arbeiterfreundlichkeit (Heiterkeit rechts) abgerissen und die eigentliche Natur der Vorlage entlarvt; jeder Verein, jede Fabrik u. s. w. sei bei 300 M. Strafe verpflichtet, die Einkommen seiner Arbeiter oder Angestellten anzugeben. Wenn der kleine Mann nun hört, daß die Regierung öffentlich und seit Jahren ihre Theilnahme für die minder wohlhabende Klasse ausspricht und nun ein Gesetz einbringt, von dem ein Journalist sagt, jetzt ist der Regierung die Maske abgerissen —, muß der nicht den Eindruck haben: Was, da ist der Minister v. Scholz, das muß doch ein großer Spitzbube sein! (Große Heiterkeit.) Und daraus schließt er doch natürlich auf die ganze Regierung, daß sie in einem jammervollen Zustande ist (große Heiterkeit). Ich bemitleide die Leute, deren Gewerbe es ist, mit solchen Artikeln das Volk zu versehen (Bravo! rechts) und dadurch den Haß der Bürger gegen die Vertreter des Staates zu schüren (Beifall rechts). Aber der angerichtete Schaden wird mit dem Mitleide nicht aufgehoben. Nach meinen Erfahrungen ist das beste Mittel, solche Angriffe niedriger zu hängen, und das wollte ich hiermit gethan haben (sehr gut! rechts). Und dies Blatt heißt — lucas a non lucendo — Reichsfreund. Da muß ich mich wirklich fragen, ob unsere Zivilisation in Wahrheit auf der hohen Stufe steht (Widerspruch links, sehr wahr! rechts) und ob es nicht recht zweckmäßig wäre, an die Schaffung eines Ministeriums für Volksaufklärung zu denken, denn die Schulen und Universitäten sind unzulänglich dafür (sehr richtig! rechts). — Vergessen wir nur bei der Beurtheilung doch nicht, daß wir es durchaus nicht mit einer vollständig in sich abgeschlossenen Vorlage zu thun haben, sondern daß wir eine weit entgegengestreckte Hand zum Kompromiß bieten. Die Ausführungen des Abg. Richter sind allerdings ein positives Programm, danach auch das unvere einricht, hieße aber, nur zwei Stunden Zeit und Arbeit verlieren (Heiterkeit rechts). Herr Richter meint weiter, die Steuervorlage, welche von dem bisherigen Standpunkte der Regierung ab und fragt, ob ich mich durch den von ihm verlesenen Artikel der Provinzial-Korrespondenz gebunden gefühlt habe. Ich habe denselben nicht gekannt und vertrete ihn nach keiner Richtung (Heiterkeit links). Gewiß müssen auch solche Artikel geschrieben werden (aba, Auf: Aufklärung! links); da kann man doch nicht den Minister dafür verantwortlich machen. Die Regierung hat nun betont, daß, nachdem der bisherige Fortgang der Steuerreform nicht mehr als zum raschen Ziele führend angesehen werden konnte, die Pflicht, die vier untersten Steuerklassen aufzuheben, sie zu einer Wendung in der praktischen Politik, nicht aber in ihrer Ueberzeugung gezwungen habe. Nun stand eine große Majorität des Hauses dem Vorgehen der Regierung gegen die direkte persönliche Einkommensteuer überhaupt abgeneigt gegenüber, und so ist denn die neue Vorlage entstanden, welche die Aufhebung der direkten Steuer vom Einkommen bis 1200 M. anstrebt. Dabei aber müssen wir bleiben; denn es handelt sich in jenen Kreisen um mehr als 40,000 Exekutionen, durch welche der Staat sich durchaus nicht Freunde erwerben kann. Ebenso treffen diese Erleichterungen zahlreiche Handwerker, Arbeiter, niedere Beamte, Volksschullehrer. Wie Herr Richter aus dieser Aufhebung der vier untersten Stufen auf die Erleichterung oder den Erlaß der entsprechenden Kommunalsteuer folgert, weiß ich nicht, zumal die Kommunalverwaltung von dem Einzelnen sehr wohl übersehen, ja verbessert werden kann. Auch ich wäre ja sehr dafür, eine solche Erleichterung eintreten zu lassen, und kann nur hoffen, daß wir auch dazu einmal Mittel finden werden. Wir müssen es um so mehr, als wir mit großen Schritten einer neuen sozial-politischen Zeit entgegengehen. (Aha!

links.) Da kann die Regierung, die Invalidenhäuser und Waisenhäuser baut, doch nicht den Exekutor zu dem kleinen Manne senden, um ihm das Nöthigste zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) — Was das Wahlrecht anlangt, so will die Regierung darin durch dies Gesetz, so weit möglich, nichts ändern. Die angeführte Resolution verlangte nun eine degressive Abfindung der Steuer von 10,000 Mark ab und ist da bei 1200 Mark bis 1 pSt. gekommen. Wir haben dieselbe bis 1200 Mark nur auf 1 pSt. gebracht; aber auch darüber wird sich ja verhandeln lassen. Vor Allem müssen wir doch auch darauf sehen, daß wir mittelst der Reform der direkten Staatssteuer auch unseren Finanzen einen Zuschuß verschaffen, der sie vor einem Defizit bewahrt. Ebenso werden ja die sachgemäßen Verhandlungen in der Kommission die gewünschte Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in genügendem Maße regeln können. An der Deklarationspflicht müssen wir jedenfalls festhalten, wie wir sie vorgeschlagen haben. Bei den Grundstücken wäre sie gar nicht nöthig und den Einzelnen nur peinlich, bei den Kapitalrenten ist sie das einzig mögliche Mittel. Der von Herrn Richter behauptete Widerspruch dieser Vorlage mit den Anschauungen des Fürsten Bismarck besteht ganz und gar nicht. Man hat nur nicht auf das geachtet, was des Fürsten eigentliche Ziele sind, sondern seine eigenen Meinungen hineingetragen. Neue Erleichterungen werden nur noch hinzukommen, wenn wir das Gesetz über die Ueberweisung der alten Grund- und Gebäudesteuer an die Kommune eingebracht haben werden. Unbegündet ist es ebenfalls, wenn Herr Richter aus unsere Vorlage eine doppelte Besteuerung ersehen will, doch auch hierüber wollen wir noch keineswegs das letzte Wort gesprochen haben. Zu den Punkten jedoch, mit denen wir das Gesetz nicht annehmen könnten, gehört die Forderung einer verfassungsmäßigen Quotifung. Allerdings wird ja deren politische Macht gegenüber dem Budget von Milliarden nicht so bedeutend sein, aber immerhin können wir eine solche Machtverschiebung nicht eintreten lassen. Auch den praktischen Rücksichten der Quotifung gegenüber verhält sich die Regierung ablehnend. Wir brauchen durchaus nicht noch mehr bewegliche Faktoren in unserem Budget und es kann sich dabei immer nur um Lumpereien handeln. (Heiterkeit links.) Wir haben einen viel bedeutenderen beweglichen Faktor in unserem Budget, das sind 3 Milliarden Schulden, bei deren Deduktion wir uns jedes Mal nach der Deduktion strecken müssen. Haben wir nun wirklich einen Ueberschuß aus der Steuer, so ist das gewiß kein Nachtheil; haben wir denselben bei der Quotifung einmal, sollen wir also vielleicht pro 1 Thaler 4 oder 7 Pf. erlassen, so müssen Kanzleiarbeiten gemacht werden, die kein Mensch würdigt. (Sehr richtig! rechts.) Wie man darauf zurückkommen kann, beweise ich nicht. Etwas Unpraktisches und Färrlicheres als diese Quotifung giebt es kaum. Ich begreife nicht, wie man darauf zurückkommen kann in einem Moment, wo man daran denkt, die sogenannte clausula Franckenstein im Reiche abzuschaffen. (Senation.) — Nochmals kann ich nur wiederholen, daß genügende Punkte vorhanden sind zum gegenseitigen Kompromiß, und daß wir gewiß gute Erfolge erreichen werden, wenn wir ihn schließen. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.)

Hierauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Debatte bis Mittwoch 10 Uhr.

Zur Geschäftsordnung interpellirt Abg. Windthorst den Minister von Scholz wegen dessen Aeußerung über die Aufhebung des seiner Zeit vom Reichstage angenommenen Frankenstein'schen Antrags.

Minister v. Scholz glaubt mißverstanden zu sein, er erinnert sich nicht, die beabsichtigte Aufhebung des Antrags Frankenstein angeordnet zu haben.

Abg. Richter hält es bei der Wichtigkeit der Frage für erforderlich, das unkorrigirte Stenogramm der betreffenden Stelle aus der Rede des Ministers von Scholz den Abgeordneten schon morgen in den Druck zugänglich zu machen.

Präs. v. Köller hält dies nicht für durchführbar; das amtliche Stenogramm gehe dem Redner nach Schluß der Sitzung zur Korrektur zu und werde gewöhnlich erst andern Tags wieder dem Bureau zurückgegeben.

Abg. Gremer erklärt sich in persönlicher Bemerkung bereit, in der nächsten Sitzung seine neulichen Angriffe gegen die Berliner Einkommenskommission zu beweisen, wenn ihm ein Redner der Linken das Wort abtrete.

Abg. Richter erklärt, daß es Gremer's Pflicht sei, solche Beweise sofort zu veröffentlichten.

Schluß 4½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 15. Jan. Der heutige erste Tag der Steuerdebatte hat, während das Schicksal der beiden Entwürfe im Ganzen so unbestimmt geblieben ist, wie das zu erwarten war, dargehan, daß der Widerstand gegen die Aufhebung der dritten und vierten Klassensteuerrufe noch größer ist, als erwartet wurde: wenn selbst Herr v. Rauchhaupt als Wortführer der konservativen Fraktion zu der Erklärung genöthigt war, daß ein Theil seiner Parteigenossen dieser Maßregel abgeneigt sei, während in allen anderen Fraktionen die Opposition gegen dieselbe entweder überwiegt oder einstimmig ist, dann steht es in der That schlimm um diesen Eckstein der Steuerreform der Regierung. Was übrigens Herrn von Rauchhaupt betrifft, so hatte man geglaubt, er würde in irgend einer Weise den Eindruck der von ihm in seinem Kreise erzählten absurden Gesichte von dem mit knapper Noth abgewendeten neuen deutsch-französischen Kriege zu verwischen suchen, bevor er wieder als Führer einer großen Partei im Parlament das Wort ergrieff; er scheint aber kein geeignetes Mittel zur Abwehr der begangenen Thorheit gefunden zu haben. Um so schlimmer für ihn; denn für einen Mann wie Herr von Rauchhaupt, der kaum ein Geht daraus macht, daß er Minister werden will, ist ein Malheur, wie das ihm zugeflossene, verhängnißvoll; weiß man doch nicht, worüber man mehr erstaunen soll, ob über die Leichtgläubigkeit, welche die Fabel von der Ansehung des kronprinzlichen Schiffes und von dem Ultimatum an Frankreich für Wahrheit nahm, oder über den Takt, die für wahr gehaltene Erzählung in solcher Weise an die Öffentlichkeit zu bringen. Doch weder so große Leichtgläubigkeit, noch so großer Mangel an Takt dürfte in den Augen des Fürsten Bismarck als Empfehlung für ein Minister-Portefeuille dienen. — Von den vorgeschlagenen Abänderungen der Geschäftsordnung des Abgeordneten-Hauses, worüber der Präsident mit Delegirten der Fraktionen verhandelte, dürfte die Ersetzung der Rednerliste durch das im Reichstage bestehende Verfahren durchgehen, wonach formell der Abgeordnete das Wort erhält, welcher sich, nachdem der Vorredner geendet, zuerst meldet, daneben aber bei größeren Debatten zwischen den Fraktionen eine vertrauliche Verständigung über die Reihenfolge der Redner getroffen wird. Dagegen wird der Versuch, das Schlusswort des Antragstellers zu beseitigen, hoffentlich scheitern. Es ist vielleicht zuzugeben, daß mit demselben, da eine Antwort auf dieses Schlusswort höchstens in

persönlichen Bemerkungen möglich ist, ein Mißbrauch getrieben werden kann und ein oder das andere Mal auch schon getrieben wurde. Aber hiergegen giebt es andere Mittel, als die Abschaffung des Schlusswortes des Antragstellers, das namentlich für Minoritäts-Parteien wichtig ist. Da nun unter unseren parlamentarischen Verhältnissen diejenigen Parteien, welche dauernd oder zeitweise in der Minorität zu sein pflegen, zusammen eine Majorität ausmachen, so ist kaum zu bezweifeln, daß die angefochtene Einrichtung bestehen bleibt. Das Zentrum stellt zu häufig Anträge, für deren Vertheidigung ihm das Schlusswort des Antragstellers werthvoll ist, als daß diese Partei sich nicht mit dem Liberalen für die Beibehaltung desselben verbünden sollte. — Die bereits angekündigte Mehrforderung für die Marine behufs Anschaffung einer Anzahl Torpedoboote wird, wie man hört, seitens der Admiralität nicht bloß darum für notwendig gehalten, weil man für die Vertheidigung unserer Küsten Torpedoboote als nützlicher, denn große Schlachtschiffe, erachtet; sondern auch abgesehen von dieser älteren Kontroverse herrscht seit dem Rücktritt der Herren v. Stosch und Livonius in der Admiralität die Ansicht, daß wir betreffs der Torpedoboote, namentlich ihrer Fahrgeschwindigkeit, jetzt hinter anderen Ländern ebenso zurückstehen, wie wir eine Zeit lang mit dem Torpedo selbst, dem Geschloß, andere Länder überflügelt hatten.

— In Abgeordnetentreisen war heute das Gerücht verbreitet, daß das Staatsministerium gestern beschloffen habe, den Antrag auf Begnadigung des Bischofs von Münster dem Kaiser zu unterbreiten, so daß also die Begnadigung selbst als beschlossene Sache anzusehen wäre. Gleichzeitig sollen jedoch, wie das „Berl. Tagebl.“ mittheilt, mit dem Bischof von Münster noch Verhandlungen angeknüpft sein, die den Zweck haben, die Formalitäten der Wiedereinsetzung in sein Amt zu regeln. Man erinnert sich in dieser Beziehung, daß auch der Bischof von Limburg gehalten war, größere Empfangsfeierlichkeiten abzugeben, woraus man schloß, daß die Regierung auf die Unterlassung derselben entscheidendes Gewicht lege. Ob noch andere Bedingungen gestellt werden, darüber waren auch die Mitglieder des Zentrums noch durchaus im Unklaren. Man zweifelt nicht, daß die Unterhandlungen schon in den nächsten Tagen beendet sein werden, und daß alsdann die offizielle Publikation der Begnadigung erfolgen wird. Sowohl von offizieller Seite, wie von Abgeordneten werden diese Mittheilungen bestätigt.

— Das an die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths ergangene Einladungsschreiben lautet am Schluß wörtlich: „Ew. Wohlgeboren laden wir zur Theilnahme an den Versammlungen ergebenst ein. Da der Landtag im verfloffenen Jahre die Bewilligung der Mittel zur Zahlung von Diäten und Reisekosten für die Herren Mitglieder des Volkswirtschaftsraths abgelehnt hat, ist es nicht mehr angängig, denselben behufs ihrer Theilnahme an den Sitzungen zur Reise zwischen ihrem Wohnort und Berlin freie Eisenbahnfahrt zu gewähren, oder ihnen, soweit sie nicht auf Präsentation berufen sind, wie bisher Diäten zu bewilligen. Wir begen das Vertrauen, daß die Herren Mitglieder hieraus einen Anlaß, sich der Theilnahme an den Sitzungen zu enthalten, nicht entnehmen werden.“

— In der badischen Kammer ist eine Interpellation eingebracht worden, ob dem Bundesrath der angekündigte Antrag auf Abschaffung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen bereits vorliege und welche Stellung die Regierung zu der Frage einnehme.

Wien, 15. Jan. Das „Freundenblatt“ erklärt auf Grund positiver Informationen die Nachrichten auswärtiger Blätter von einem angeblichen Schreiben des Kaisers von Oesterreich an den Papst, in welchem irgendwelche Erklärungen bezüglich der Eventualität eines Besuches des Kaisers in Rom abgegeben sein sollten, für vollkommen unbegründet. — Nach Meldungen aus Auesee stürzten in Folge anhaltenden Schneesturmes vom Sarstein bedeutende Lawinen ins Thal. Der Bahnverkehr zwischen Obertraun und Auesee ist eingestellt. — Der Kaiser reist heute Abend zum Besuche des Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela nach München.

Rom, 15. Jan. Heute begab sich die zweite, sehr zahlreiche Pilgerchaar mit vielen Musikcorps und Fahnen nach dem Grabe Viktor Emanuels im Pantheon; der Zug bewegte sich durch die Straßen und vor dem Grabe vorüber nach demselben Ceremoniell wie am 9. d. M. Die Straßen waren von dichtgedrängten Menschenmassen angefüllt.

Permisches.

* Wien, 14. Jan. Die Vermuthung, daß Hugo Schenk aus dem Stragnisse der Mädchenmorde allein nicht so viel Geld aufbringen konnte, um eine Lebensreise, wie es die seinige war, fortzuführen und daß er aller Wahrscheinlichkeit nach auch andere gewinnbringende Verbrechen verübt hat, gewinnt immer mehr an Boden; ja es kann als feststehend angenommen werden, daß in mehreren, seinerzeit unerklärt gebliebenen Fällen der Mädchenmörder Hugo Schenk mit einem Komplizen, wahrscheinlich Schöffner, die Hand im Spiele gehabt. Interessant hierbei ist, daß Schenk nicht nur beirathslustige Mädchen, sondern auch Männer durch Zeitungs-Inserate an sich zu locken und zu berauben verstand. Die polizeiliche Untersuchung dürfte, da das Material tagtäglich zusammen unter den Händen wächst, kaum vor drei Wochen beendet sein. Der Untersuchungsrichter Dr. Feigl wird täglich über die Resultate der gepflogenen Untersuchungen auf dem Laufenden erhalten. Vormittags ist die Einvernahme von Zeugen und die Erlebigung der in dieser Affaire zahlreich einlaufenden Schriftstücke an der Reihe; Nachmittags werden die Verhöre fortgesetzt.

Auch die Erhebungen in der Affaire Eisert werden ohne Unterlaß fortgesetzt. Neues über die Bluthat liegt nicht vor. Der Indizienbeweis, den die Polizeibehörde erbracht hat, stellt die Schuld des Bongraz und des Dürchner als höchst wahrscheinlich hin.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 15. Jan. Die „Breslauer Zeitung“ konstatirt, daß die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von der Zahlungseinstellung hiesiger bedeutender Firmen unbegründet seien und daß nur ein Fallissement eines Kaffee- und Zigarrengeschäftes feststehe.

Münsterberg i. Schl., 15. Jan. Bei der heutigen Wahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Mitsche wurde v. Güne (Zentrum) mit 210 von

265 Stimmen gewährt. 55 Stimmen erhielt der Kandidat der Konservativen, v. Chappuis.

Dresden, 15. Jan. Die erste Kammer bewilligte heute 2,250,000 Mark zur Fortsetzung der Eisenbahnlinie Freiberg-Bienitzmühle bis zur Landesgrenze bei Moldau.

München, 15. Jan. Der Finanzausschuss der Abgeordnetenkammer hat bei seiner gestrigen Beratung des Kultusetats den Antrag des Referenten Rittler auf mögliche Wiedereinführung des konfessionellen Geschichtsunterrichts an den humanistischen Gymnasien durch Stichtungsbildung des Vorsitzenden angenommen.

Wien, 15. Jan. Das Unterhaus erledigte die ersten Kapitel des Budgets in der Spezialdebatte, mehrere alljährlich wiederkehrende Anträge auf Reduktion der Zivilliste und der Funktionszulage des Ministerpräsidenten, sowie die Streichung des Dispositionsfonds wurden abgelehnt. Der Finanzminister versprach, noch in dieser Session den Entwurf eines Pensionsgesetzes vorzulegen und erklärte, der Entwurf einer Dienstpragmatik der Beamten sei in Verhandlung.

Agram, 15. Jan. In der heutigen Sitzung des Landtags zog Bonifacio den Antrag auf Ausschließung der Anhänger Starcevic's zurück, nachdem in der gestrigen geheimen Sitzung die erforderlichen Maßregeln zur Verhinderung von Ruhestörungen festgestellt worden. Starcevic erklärte, der in der geheimen Sitzung gefasste Beschluss gehe ihn nichts an; der Landtag beschloß hierauf die Ausschließung Starcevic's. Der Klub der Nationalpartei entsandte einen Ausschuss behufs strenger Aufrechterhaltung der Hausordnung.

Christiania, 15. Jan. In der heutigen Verhandlung des Reichsgerichts in dem Staatsprozeß gegen die Minister benutzte der Verteidiger sein Plaidoyer und beantragte, den Staatsminister Selmer von der seitens des Obergerichts erhobenen Anklage freizusprechen. Hierauf begann der Ankläger seine Replik.

Paris, 15. Jan. Nach telegraphischen Meldungen des Admirals Courbet aus Hanoi vom 8. und 9. d. Mts., hat sich seit der Einnahme von Sontay die Zahl der Seeräuber in den Umgebungen von Hanoi und Haiphong vermindert. Die Schwarflaggen haben am linken Ufer des Schwarzen Flusses mehrere Dörfer in Brand gesetzt und haben zahlreiche Refugien in dieser Gegend festgestellt. Die Seeräuber bedrohen noch immer die Provinz Namdinh, zahlreiche Kolonnen sind nach allen Richtungen zu ihrer Verfolgung ausgesandt. — Nach einem Telegramm Tricou's aus Hue vom 5. d. Mts., hat der junge König Tricou mit außergewöhnlicher Feierlichkeit empfangen und ihn beauftragt, der französischen Regierung seine Ehrfurcht und vollständige Ergebenheit auszudrücken. Der König hat versprochen, den Vertrag zu respektieren, gleichzeitig aber auch die Hoffnung ausgedrückt, daß die französische Regierung die Bedingungen desselben mildern werde. Der König, welcher im Alter von 15 Jahren steht, heißt Kienphuc. Die Regentschaft ruht in den Händen des ehemaligen Finanzministers, welcher auch der Urheber der letzten Revolution ist. — Heute Vormittag fand ein Ministerrat statt, welcher sich mit dem Budget pro 1885 beschäftigte; es wurde beschlossen, die Ausgaben der Ministerien auf das Notwendigste zu beschränken. — Die Meldungen der Blätter über den Zeitpunkt der Emission der neuen Anleihe sind unrichtig; bisher ist weder von dem Finanzminister, noch auch von dem Ministerrat in dieser Hinsicht ein Beschluß gefaßt worden. — Die Meldung aus Calais von der dort erfolgten Ankunft des chinesischen Botschafters Tseng, bestätigt sich nicht, derselbe hat England nicht verlassen.

Madrid, 14. Jan. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erklärte der Ministerpräsident de Posada y Ferrera, Spanien wolle Freundschaft mit allen Mächten, aber mit keiner Macht ein intimes Freundschaftsverhältnis. Der Deputierte Castelar erörterte Spaniens innere Politik und wies darauf hin, daß Spanien einen wesentlich demokratischen Charakter habe. Wenn die Monarchie diesem demokratischen Charakter keine Rechnung trage, werde die Republik bald unvermeidlich sein.

London, 14. Jan. Der Ausschuss der Gütenbesitzer Cleveland's hat heute die Details für die möglichst baldige Ausblasung von 20 Hochöfen in Nord-England festgestellt.

Kairo, 14. Jan. (Telegramm der „Agence Havas“.) Der auf Vorschlag des Kriegsministers eingesezte, aus Rubar Pascha, Abdel Rader Pascha, dem Generalkonsul Baring und dem General Wood bestehende Rath berieth heute darüber, wie das Aufheben des Sudan zu verhindern sei. Der Kriegsminister Abdel Rader schlug vor, Hassan Sami nach Khartum und den ehemaligen Sultan Fakhri als Souverän von Kordofan und Darfur und Basallan Egyptens zu entsenden. — Die Kommission zur Herbeiführung möglicher Ersparnisse in den Staatsausgaben hat die Entlassung von 1500 eingeborenen Beamten empfohlen. — Nach einem Zeitraum von 6 Monaten ist wieder ein Dampfer von Bah-el-Ghazal in Khartum eingetroffen; derselbe berichtet, daß sich der Gouverneur mit den Einwohnern, welche sich gegen ihn aufgelehnt haben, im Kriegszustande befindet.

Washington, 14. Jan. Als Präsident des Senates wurde Edmunds wiedergewählt.

Berlin, 16. Jan. Gestern Abend fand im Rathhause eine Versammlung der Freunde Basker's statt, um über die Vorbereitungen für die Trauerfeier zu beraten. Die Einladung war zuerst von Bamberger unterzeichnet, unter den übrigen Unterzeichnern befand sich auch der Oberbürgermeister v. Jordan.

Kairo, 14. Jan. Oberst Zohrab hat sich nach Konstantinopel begeben, um tausend Albanesen für die ägyptische Armee anzuwerben.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Januar Morgens 1,56 Meter.
" 15. " Mittags 1,56
" 16. " Morgens 51,2

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
15. Nachm. 2	752,7	W lebhaft	halbbewölkt	+ 4,0
15. Abnds. 10	757,8	W lebhaft	trübe	+ 0,3
16. Morgs. 6	757,1	W mäßig	bedeckt Nebel	+ 1,0

Regenhöhe: 1,7 mm.
Am 15. Wärme-Maximum: + 3,9 Cels.
Wärme-Minimum: - 0,0

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 15. Jan. (Schluß-Course.) Ratt, Infl. 108. Lond. Wechsel 20,39. Pariser do. 81,00. Wiener do. 168,25. R.-M. S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 108,5. R.-M.-Pr.-Ant. 126,4. Reichsanl. 102. Reichsbank 148,5. Darmst. 151,5. Meining. St. 93,4. Ost.-ung. Bank 703,75. Kreditaktien 262. Silberrente 67,5. Papierrente 66,5. Goldrente 84,5. Ung. Goldrente 74,5. 1860er Loose 119,5. 1864er Loose 513,00. Ung. Staatsl. 220,80. do. Oest.-Obl. 171,97. Bism. Westbahn 257,5. Elisabethb. —. Nordwestbahn 157,4. Galizier 248,5. Franzosen 270. Lombarden 120,5. Italiener 91,5. 1877er Ruffen 90,5. 1880er Ruffen 70,5. II. Orientanl. 55,5. Centr. Pacific 111. Diskontokommandit —. III. Orientanl. —. Wiener Bankverein 94,5. 5% österreichische Papierrente —. Buschterader —. Egypter 66,5. Gotthardbahn 86,5. Türlen —. Oislon 108,5. Albed. —. Südbahn 153,5. Lothr. Eisenwerke —. Marienburg-Mlawka —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 261,5. Franzosen 268,5. Galizier 248,5. Lombarden 120,5. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 66,5. Gotthardbahn 86,5. Spanier —. Marienburg-Mlawka —. 1880er Ruffen —.

Wien, 15. Jan. (Schluß-Course.) Ratt. Papierrente 79,55. Silberrente 80,30. Oesterr. Goldrente 100,25. 6-proz. ungarische Goldrente 121,50. 4-proz. ungar. Goldrente 89,00. 5-proz. ungar. Papierrente 86,55. 1864er Loose 122,50. 1860er Loose 137,00. 1864er Loose 169,00. Kreditloose 170,00. ungar. Prämien 112,70. Kreditaktien 303,10. Franzosen 320,00. Lombarden 144,20. Galizier 294,20. Ruffen 145,70. Nordwestb. 148,50. Nordwestb. 187,00. Elisabethbahn 228,50. Nordbahn 2535,00. Oesterr.-Ung.-Bank —. Türl. Loose —. Unionbank 111,40. Anglo-Austr. 115,00. Wiener Bankverein 107,30. Ungar. Kredit 301,20. Deutsche Plätze 59,35. Londoner Wechsel 121,10. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,05. Napoleons 9,60. Dukaten 5,69. Silber 100,00. Marknoten 59,35. Ruffische Banknoten 1,17. Bismarck-Gesellschaft —. Kronpr.-Rudolf 174,70. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Bism. Westb. —. Elisabethb. 201,50. Tramway 221,10. Buschterader —. Oesterr. 6-proz. Papierrente —. Elbthalbahn —. Nordbahn —. 5-proz. Oesterr. Papierrente —. Gedrückt.

Wien, 15. Jan. (Abendbörse.) Ungarische Kredit - Aktien 299,25. österreichische Kreditaktien 300,70. Franzosen 318,30. Lombarden 143,30. Galizier 293,50. Nordwestbahn 187,00. Elbthal 201,00. Oesterr. Papierrente 79,50. do. Goldrente 100,30. ungar. 6 pCt. Goldrente 121,15. do. 4 pCt. Goldrente 88,82. do. 5 pCt. Papierrente —. Marknoten 59,32. Napoleons 9,61. Bankverein 107,60. Ratt.

Paris, 15. Jan. (Schluß-Course.) Träge. 3-proz. amortis. Rente 77,80. 3-prozent. 76,60. 4-prozentige Anleihe 106,82. Ital. 5-proz. Rente 91,10. Oesterr. Goldrente 84,50. 6-proz. ungar. Goldrente —. 4-proz. ungar. Goldrente 74,5. 5-proz. Ruffen de 1877 91,5. Franzosen 663,75. Lombard-Eisenbahn-Aktien 315,00. Lombard. Prioritäten 292,00. Türlen de 1865 8,80. Türlenloose 42,10. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 335. Spanien neue 56,5. Suezkanal-Aktien 1995. Banque ottomane 683. Credit foncier 1243,00. Egypter 333,00. Banque de Paris 840. Banque d'escompte 506,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,17. 5-proz. Rumänische Anleihe —.

London, 15. Jan. Consols p. Febr. 101,5. Italien. 5-prozentige Rente 90,5. Lombarden 12,5. 3-proz. Lombarden alte —. 3-proz. do. neue —. 5-proz. Ruffen de 1871 85,5. 5-proz. Ruffen de 1872 84,5. 5-proz. Ruffen de 1873 84,5. 5-proz. Türlen de 1865 8,5. 4-proz. funkt. Amerik. 127. Oesterr. Goldrente 66,5. do. Papierrente —. 4-proz. ungar. Goldrente 73,5. Oesterr. Goldrente —. Spanien 56,5. Egypter neue —. do. unif. 66,5. Ottomanbank 16,5. Preuss. 4-proz. Consols 100,5. Rubig.

Aus der Bank flossen heute 47,000 und 180,000 Pfd. Sterl. für Süd-Amerika.

In die Bank flossen heute 80,000 Pfd. Sterl. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,60. Wien 12,26. Paris 25,40. Petersburg 22,5.

Petersburg, 15. Jan. Wechsel auf London 23,5. II. Orientanleihe 91,5. III. Orientanleihe 92,5. Privatdiskont 6 pCt. Neue Goldrente 161.

Produkten-Curse.

Röln, 15. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,00. fremder 19,25. per März 17,75. per Mai 18,20. Roggen loco hiesiger 15,00. per März 13,80. per Mai 14,40. Hafer loco 14,50. Rübsöl loco 35,50. per Mai 34,40.

Bremen, 15. Jan. Petroleum. (Schlußbericht.) fest. Standard white loco 8,65. per Jan. —. bez., per Febr. 8,70. per März 8,80. per April 8,90. per August-Dez. 9,60 Br.

Hamburg, 15. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd., auf Termine matt, per Jan. 173,00 Br., 172,00 Gd., per Mai-Juni 175,00 Br., 174,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig, per Jan. 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gd. — Hafer fest. Gerste still. — Rübsöl ruhig, loco 67,00, per Mai 67,00. Spiritus geschäftslos, per Jan. 41 Br., Febr.-März 41 Br., per April-Mai 41 Br., per Mai-Juni 41 Br. — Raffee fest, Umf. 3000 Sad. — Petroleum still, Standard white loco 9,05 Br., 8,95 Gd., per Jan. 9,00 Gd., per Febr.-März 8,95 Gd. — Wetter: Schön.

Königsberg, 15. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen matter, Roggen matt, loco 121/122 Pfund 2000 Pfund Roggen 120,00, per Jan. 127,50, per Frühjahr 135,00. Gerste unverändert. Hafer still, loco inländ. 120,00, pr. Jan. 120,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 155,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 51,50, per Jan. 51,25, pr. Frühjahr 51,75. — Wetter: Regen.

Wien, 15. Jan. (Produktenmarkt.) Weizen loco matt, per Frühjahr 9,20 Gd., 9,22 Br., per Herbst 9,95 Gd., 9,97 Br., Hafer per Frühjahr 6,90 Gd., 6,92 Br. — Mais per Mai-Juni 6,62 Gd., 6,63 Br. — Rohrtrapp per August-Sept. —.

Paris, 15. Jan. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen beh., per Jan. 22,80, per Febr. 23,10. März-April 23,60, per März-Juni 24,10. Roggen ruhig, Jan. 15,00, März-Juni 16,25. Weizen 9 Marques fest, per Januar 48,25. per Februar 48,75. per März 48,75. per April 49,80. per März-Juni 50,80. — Rübsöl ruhig, per Januar 80,75. per Febr. 80,00, per März-April 79,50, per Mai-August 78,50. — Spiritus träge, per Jan. 46,00. per Febr. 46,25, per März-April 47,25, per Mai-August 48,75. Wetter: Milde.

London, 15. Jan. An der Rüste angeboten 6 Weizenladungen. Wetter: Milde.

London, 15. Jan. Savannaguder Nr. 12 20½ nominell. Centrifugal Ruba —.

Wien, 15. Jan. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 9295 Tons gegen 8396 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Manchester, 15. Jan. 12r Water Armitage 6½, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nichols 8½, 30r Water Clayton 9½, 32r Mod Tomhead 9½, 40r Rule Napoll 9½, 40r Medio Wilkinson 11, 32r Warpcops Dees 8½, 36r Warpcops Qual. Rowland 9½, 40r Double Weston 10½, 60r Double courante Qualität 14½, Printers 1½ ½ ½ pfd. 85. Fest.

Liverpool, 15. Jan. (Getreidemarkt.) In Weizen mäßiges Geschäft, 1 d. billiger, Mais stetig. Mehl matt. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 15. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen per März 252, Roggen pr. März 160, per Mai 164.

Antwerpen, 15. Jan. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste unverändert.

Antwerpen, 15. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21½ bez. 21½ Br., per Febr. 21½ Br., per März 21½ Br., per September-Dezember 22½ Br. Weichend.

Petersburg, 15. Jan. (Produktenmarkt.) Talg loco 71,00, per August 67,50. Weizen loco 12,75. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,60. Hafer loco —. Weinsaat (9 Rub) loco 15,50. — Wetter: Frost.

Marktpreise in Breslau am 15. Januar.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute	mittlere	geringe Waare
der städtischen Markt-Deputation.	Höchst. M. Pf.	Niedrigst. M. Pf.	Höchst. M. Pf.
Weizen, weißer	19 80	17 60	16 40
do. gelber	18 —	17 10	16 10
Roggen	15 40	15 20	14 50
Gerste	15 80	14 60	13 80
Hafer	14 —	13 60	12 80
Erbsen	18 50	17 50	16 —

Festsetz. d. v. d. Handelskammer eingef. Kommission	feine	mittel	ordin.	Waare
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Raps	29	40	27	40
Rübsen, Winterfrucht	28	40	26	40
do. Sommerfrucht	28	—	26	—
Dotter	23	50	22	—
Schlaglein	22	50	21	—
Hafer	22	—	21	—

Kartoffeln, pro 50 Rgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Rg. 6,50—7—7,50 Mark pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Rgr. 3,10—3,40 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Rgr. 23,00—25,00 Mark.

Breslau, 15. Januar. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Kleesaat rot (per 50 Rg.) unveränd., ordinär 45—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Kleesaat weiß (per 50 Rg.) behauptet, ordinär 55—56, mittel 56—58, fein 58—61, hochfein 61—64. — Roggen (per 2000 Pfd.) fester. Gefündigt. — Centner. Abgelassene Rindungsfleische —, per Jan. 146,00 Br., per Jan.-Febr. 146 Br., per April-Mai 146,00—146,50 bez., per Mai-Juni 148,00 Gd., per Juni-Juli 150 Br. — Weizen Gefündigt —, per Jan. 188 Br. — Hafer Gef. —, per Jan. 127 Br., per April-Mai 130 Br., per Mai-Juni 132 Br., Juni-Juli 138 Br. — Raps Gef. —, per Jan. 305 Br. — Rübsöl matter. Gef. —, loco in Quantitäten à 5000 Rg. 69,00 Br., per Jan. 67,00 Br., per Jan.-Febr. 66,50 Br., per April-Mai 67,00 Br. — Spiritus geschäftslos. Gefündigt —, per Januar 48,60 Gd., per Jan.-Febr. 48,60 Gd., per April-Mai 49,60 Gd., per Mai-Juni 50,00 Gd., per Juni-Juli 50,60 Gd., per Juli-August 51,60 Gd., per August-September 51,80 Gd. Sinkt: (per 50 Rilo) fest.

Breslau, 15. Jan. 9½ Uhr Vormittags. (Privatbericht.) Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen gedrückt, bei mäßigem Angebot Preise zum Theil unverändert.

Weizen bei mäßigem Angebot matter, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,40—18,60—19,70 M., gelber 16,25—17,00—17,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bez. — Roggen feine Qualitäten unverändert, bezahlt wurde per 100 Kilogr. netto 14,50 bis 14,90 bis 15,50 Mark, feinstes über Notiz. — Gerste ohne Venderung, per 100 Kilogr. 12,80—13,80 Mark, weiße 15,30 bis 16,00 Mark. — Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogramm 12,30—13,30 bis 14,00 Mark, feinstes über Notiz bezahlt. — Mais schwach gefragt, per 100 Kilogramm 12,50—13,00—14,00 M. — Erbsen nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. 15,80—17,00—18,80 Mark. Bittoria 19,00—21,00—22,00 Mark. — Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 18,00—19,00—20,00 M. — Lupinen in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. gelbe 8,60 bis 9,00 bis 9,80 M., blaue 8,40—8,80—9,20 M. — Weizen schwacher Umf. per 100 Rilo 14,00 bis 14,50 bis 15,00 M. — Delfaaten ohne Venderung. — Schlaglein schwach gefragt, Schlagleinfaat per 100 Kilogr. 18,50—21—22,50 M. — Winterraps, per 100 Kilogr. 26,75 bis 28,25 bis 29,40 Mark. — Winterrüben per 100 Kilogramm 26,75 bis 28,25 bis 29,00 Mark. — Sommerrüben per 100 Kilogramm 26,00 bis 27,00 bis 28,00 M. — Leindotter per 100 Kilogramm 20,00—21,50—22,50 M. — Rapskuchen sehr fest, per 50 Kilogr. 7,50—7,70 M., fremde 7,00—7,40. — Leinsuchen unverändert, per 50 Kilogr. 8,50—8,80 Mark, fremde 7,40—8,20 M. — Kleesaamen schwacher Umf., rother preishaltend, per 50 Kilogr. 48—52—55—59 M., weißer behauptet, per 50 Kilogr. 65—75—85—96 M., hochfeiner über Notiz. — Schwedischer Kleesaamen ruhig, per 50 Kilogramm 67—80—98 Mark. — Tannen-Kleesaamen behauptet, per 50 Kilogramm 60—67—72 Mark. — Thymothee ruhig, per 50 Kilogramm 19—21—24 M.

Stettin, 15. Jan. Wetter: Schön. + 4° R. Barometer 28,4. Wind: Nord.

Weizen fest und höher, per 1000 Kilogr. loco gelb und weiß 165—179 M., per April-Mai 177—178 M. bez., per Mai-Juni 178,5—179,5 M. bez., per Juni-Juli 179,5—181—180,5 M. bez., per Juli-Aug. 182,5 M. Br. u. Gd. — Roggen etwas fester, per 1000 Rilo loco 131—141 M., geringer — M., Ruff. — M., per April-Mai 143—143,5 M. bez., per Mai-Juni 143—144 M. bez., per Juni-Juli 144,5—145 Mark bez. — Gerste stille, per 1000 Kilogramm loco Markische, Oderbruch und Pommerische 132—138 M., Futter 124 bis 130 M., feine Brau 143 bis 166 M. — Hafer stille, per 1000 Rilo loco 124 bis 142 M., per Mai-Juni — M. — Erbsen ohne Handel. — Winterraps per 1000 Kilogr. loco — M., geringer — M. bez. — Winterrüben ohne Handel. — Rübsöl höher gehalten, per 100 Kilogramm loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 67 M. Br., per Januar 65,5 M. Br., per April-Mai 65,5 M. Br., per September-Oktober 63,5 M. Br. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter pCt. loco ohne Faß 47,5 M. bez., abgelassene Anmeldungen Lieferung ohne Faß — M. bez., per Jan. 48 M. Br. u. Gd., per Jan.-Febr. —, per Febr.-März — M., per April-Mai 49,1 M. bez., 49,2 Br. u. Gd., per Mai-Juni 49,6 M. bez., 49,8 Br. u. Gd., per Juni-Juli 50,6 M. bez., — Angemeldet — Zentner Weizen. — Zentner Roggen. — Zentner Hafer. — Zentner Rübsöl. — Liter Spiritus. — Petroleum. — Regulirungspreise: Weizen — M., Roggen — M., Hafer — M., Rübsen — M., Rübsöl 65,5 M., Spiritus 48 M., — Petro-leum loco 9,65 M. tr. bez., Regulirungspreis 9,65 M. tr., alte Waare 10,15 M. trans. bez., do. per Januar — M. trans. bez., per Febr. — M. tr. bez.

Berlin, 15. Jan. Wind: SW. — Wetter: Schön.

(Amtlich.) Betreu von 1000 Kilogramm lots 165—202 Mark

1000 Kilogr. nach Qualität.
Kartoffeln je 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. 20%

per Mai-Juni 49,8—50 bez., per Juni-Juli 50,7 bis 50,8 bezahlt, per
Juli-Aug. 51,6—51,8 bez., per Aug. Sept. 52,1—52,2 bez. —

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs =

Inländische Eisenbahn-Aktien lagen schwach; Ostpreussische Südbahn und Mecklenburgische matter.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (Emil Köstel in) Posen.